

SPD: Keine Beschäftigten zweiter Klasse

Kritik Ursula Straka gegen Service-GmbH unter dem Dach des gKU.

Auch die Grünen kritisieren die „beabsichtigte Aushöhlung“

Nördlingen/Donauwörth | RN | Eine einvernehmliche Lösung zwischen den Interessen der Arbeitnehmer und des Vorstands des gemeinsamen Kommunalunternehmens (gKU) fordert der SPD Unterbezirksvorstand in der Auseinandersetzung um die beabsichtigte Gründung einer Service GmbH für die Bereiche „Reinigung“, „Küche“ und „Pforte“ (RN berichteten).

„Es ist zwar die Aufgabe der Klinikleitung, Betriebsdefizite zu vermeiden und die Kliniken im Landkreis zukunftstauglich zu führen, dabei darf aber nicht nur das betriebswirtschaftliche Kalkül an der vordergründig billigsten Lösung zählen“, so die Auffassung der SPD-Vorsitzenden Ursula Straka (Oettingen). Im Übrigen seien auch die bisher veröffentlichten Zahlen nochmals einer genaueren Prüfung zu unterziehen.

Hohe Motivation nötig

Es müsse zudem um ein gutes Betriebsklima für alle Beschäftigten der Donau-Ries-Kliniken gehen. Nur mit einer hohen Motivation könne auf Dauer sichergestellt werden, dass die Patienten optimal versorgt seien und die Anziehungskraft der Krankenhäuser im Kreis erhalten und ausgebaut werde.

Es reiche nicht wie Landrat Rößle zu versichern, dass sich keine Verschlechterungen für das Personal der bisher outgesourceten Firma in Donauwörth und die anderen Festangestellten ergeben würden.

Schwacher Trost

„Denn was ist mit den befristet Beschäftigten und denen, die in Zukunft neu angestellt werden? Sie werden nicht mehr nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst bezahlt, sondern verdienen deutlich weniger und sind auch arbeitsrechtlich schlechter gestellt. Da ist es nur ein schwacher Trost, wenn die von der Service GmbH gezahlten Tarife laut Landrat über den geforderten

Mindestlöhnen liegen. Wir wollen keine Beschäftigten zweiter Klasse, sondern fordern gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Nur so kann ein solidarisches Miteinander gewährleistet sein“, betonte Ursula Straka.

Der SPD-Vorstand fordert daher den Verwaltungsrat der Donau-Ries-Kliniken auf, der Gründung einer Service GmbH unter dem

„Die Versicherungen des Landrates reichen nicht.“

Ursula Straka, SPD

Dach der gKU nicht zuzustimmen und nach einer für alle Betroffenen akzeptablen Lösung zu suchen.

Im Rahmen ihres Besuchs in Donauwörth suchte Theresa Schopper, bayerische Landesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen gemeinsam mit den beiden Kreisvorsitzenden Ursula Kneißl-Eder und Albert Riedelsheimer das Gespräch mit den Verdi-Vertrauensfrauen Sonja Dürr, Barbara Geppert und Dora Tauber. Hauptthema war ebenfalls die geplante Eingliederung der Beschäftigten in den Bereichen Küche und Reinigung im Donauwörther Krankenhaus in eine hundertprozentige Tochtergesellschaft. Die

Gewerkschafterinnen kritisierten die beabsichtigte Aushöhlung des geltenden Tarifsystems durch die geplante Umstrukturierung.

Sie betonten, es sei nicht ausreichend, wenn die derzeit Beschäftigten durch Übergangsregelungen und Besitzstand keine Lohneinbußen hinnehmen müssten. Die Gewerkschaften hätten auch die Situation der Beschäftigten im Blick, die künftig in den Kreiskliniken arbeiten werden.

Zulasten unterer Lohngruppen

Riedelsheimer merkte an, dass die Einsparungen überwiegend zulasten von Frauen in den unteren Lohngruppen gehen werden. Als Langzeitfolge sieht er Renteneinbußen und ein erhöhtes Risiko von Altersarmut. Er forderte den Verzicht des finanziell gut dastehenden Verbunds der Donau-Rieser Kliniken auf eine derart unsoziale Maßnahme. Den Willen zum Sparen begrüßte er grundsätzlich, dennoch sei es falsch, bei den am geringsten Belasteten anzufangen.

Kreisvorsitzende Ursula Kneißl-Eder wünscht sich für alle Beschäftigten in den Kliniken und Seniorenheimen „gleichen Lohn für gleiche Arbeit“.



Grünen-Kritik an der Verwaltungspolitik des gKU (von links): Sonja Dürr, Barbara Geppert, Dora Tauber (Verdi-Vertrauensfrauen), Albert Riedelsheimer, Theresa Schopper (Landesvorsitzende) und Ursula Kneißl-Eder.

Foto: privat